Politische Leitsätze
für ein Regierungsprogramm
der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes
von 1970 bis 1975

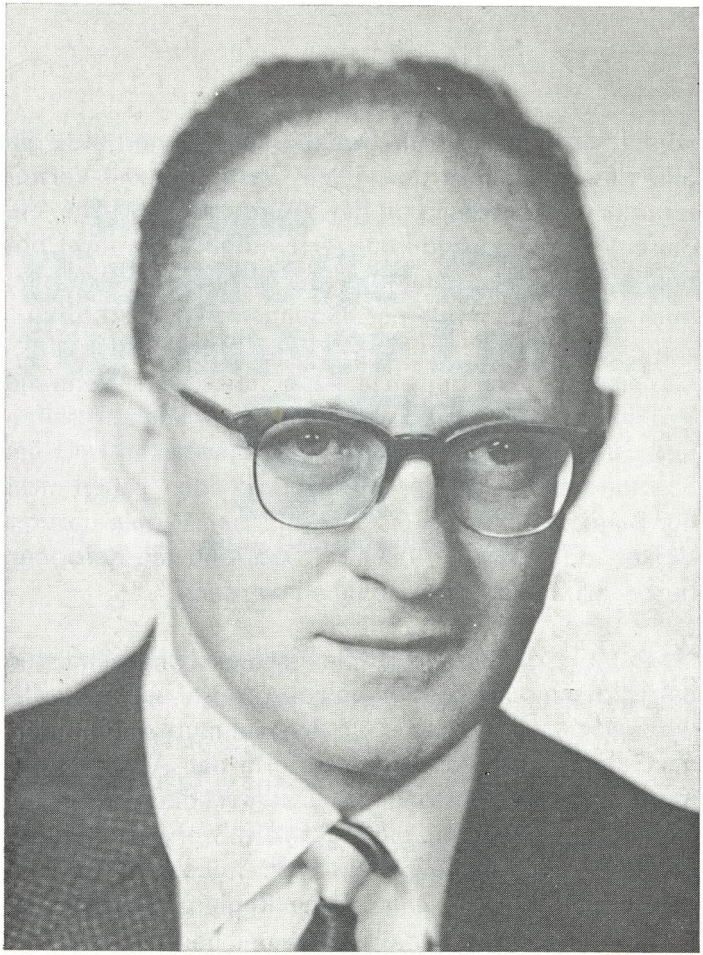
14. Juni:

Die große Chance für unser Land.

Jetzt **SPD**

und es geht aufwärts an der Saar

A 99 - 00057



Vorwort

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek
A 99 - 00057

Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes unterbreitet den Wählern in dem folgenden Programm für die bevorstehende Landtagswahl die politischen Leitsätze, nach denen die Politik des Landes von 1970 bis 1975 gestaltet werden soll.

Der Ausgangspunkt: In fast zehn Regierungsjahren ist es der CDU wohl gelungen, die SPD von der Regierungsverantwortung an der Saar fernzuhalten, aber nicht, die Verhältnisse im Saarland auf den Stand des übrigen Bundesgebietes zu bringen.

Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes verlassen Jahr für Jahr mehr Menschen ihre Heimat als zu uns kommen.

Zum ersten Mal nach 1945 ließ eine Saarregierung es zu, daß die Anzahl der industriellen Arbeitsplätze unter 150000 sank (1960: 175000; 1968: 149000). In der Zeit des wirtschaftlichen Rückgangs, der Rezession vor 1966/67, stieg zum ersten Mal die Arbeitslosigkeit sogar auf über fünf Prozent.

Zehn Jahre lang hat die CDU die Beseitigung der Zwergschulen und die Einführung der Gemeinschaftsschulen verhindert. Den Preis dafür müssen heute un-

sere Kinder mit mangelhafter Ausbildung und wir alle mit Millionenverlusten an Steuergeldern durch den Bau falscher Schulen am falschen Platze bezahlen.

Daher ist es an der Zeit, die CDU von der Regierungsverantwortung abzulösen. Auch an der Saar. 13 Jahre sind genug!

Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes hat sich auf einen Wechsel in der Regierungsverantwortung gründlich vorbereitet. Schon als Opposition hat sie jahrelang unermüdlich versucht, der CDU eine moderne, zukunftsträchtige und vor allem sozial verantwortliche Politik abzuringen.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ist ihr das nach jahrelangem Kampf gelungen; aber erst seitdem Sozialdemokraten die Führung in der Bundesregierung in Bonn innehaben. Seither wurde auch die CDU-Saar gezwungen, von ihrem Kurs, "Naturschutzpark für die etablierte Industrie" zu sein, abzugehen.

Auch in der Schulpolitik mußte die CDU endlich kapitulieren. Die Verfassungsänderung vom vergangenen Jahr macht den Weg frei für die Gemeinschaftsschule vom 1. Schuljahr an. In Dankbarkeit erinnert sich die SPD des Saarlandes der vielen Gespräche mit Vertretern der katholischen und der evangelischen Kirche, die diese Verfassungsänderung erst möglich gemacht haben. Von dieser Grundlage aus geht es jetzt darum, auch bei uns ein modernes Bildungswesen zu schaffen.

Das sind nur zwei Beispiele. Aber sie zeigen: Wenn die Wähler jetzt die große Chance für unser Land ergreifen und durch ihre Stimme uns Sozialdemokraten auch im Saarland an die Regierung bringen, dann gehen nicht nur Bund und Land Hand in Hand zum Wohle unseres Volkes, dann können auch im Saarland die Reformen durch uns in Angriff genommen werden.

Noch viele andere Probleme unseres Landes müssen entschlossen aufgegriffen, neu durchdacht und zukunftsweisend gelöst werden. Zum Beispiel muß eine moderne Gebiets- und Verwaltungsreform den Aufbau einer modernen Industriestruktur in unserem Lande ergänzen. Die Regierungsarbeit muß gestrafft werden, und altväterliche Hierarchievorstellungen müssen verschwinden. Denn für uns ist moderne Regierungsarbeit Leistungsmanagement für die Allgemeinheit.

14. Juni:
Die große Chance für unser Land.

Jetzt **SPD**

und es geht aufwärts an der Saar

Die Sozialdemokratische Partei des Saarlandes bittet um das Vertrauen der Wähler für die nächsten fünf Jahre. Sie verspricht eine moderne, sachliche und den Interessen aller dienende Regierungsarbeit.

Kurt Conrad

Wir holen den Rückstand auf

Das Grundgesetz fordert: Gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen im Bundesgebiet. Aber das blieb bisher ein Wunschtraum für die Menschen im Saarland.

Die SPD-Saar hat sich das Ziel gesetzt, diesen Rückstand aufzuholen - vor allem durch eine angemessene Bildungspolitik.

Neue Wirtschaftspolitik an der Saar

Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik des Sozialdemokraten Prof. Schiller im Bund hat auch im Saarland ihre Früchte getragen. Das erstmals seit Jahren positive Ergebnis der saarländischen Wirtschaft im vergangenen Jahr ist im wesentlichen durch die Konjunkturpolitik des Bundes seit 1967 und durch eine gezielte Strukturpolitik möglich geworden.

Seit Eintritt der Sozialdemokraten in die Bundesregierung im Dezember 1966 steht die SPD-Saar in engem Kontakt mit den sozialdemokratischen Bundesministern in Bonn. Der Erfolg blieb nicht aus: Seit 1967 fließen für die Wirtschaftsförderung fünfmal so viel Bundesmittel pro Jahr ins Saarland wie in den vorangegangenen Jahren. Aber den Rückstand zum übrigen Bundesgebiet hat die Landesregierung noch immer nicht aufgeholt. Dazu bedarf es einer neuen Wirtschaftspolitik im Saarland, für die die saarländische SPD ein sachlich fundiertes Konzept und die Fachmänner hat, die es verwirklichen. Das Ziel ist: Schaffung einer gesunden Wirtschaftsstruktur als Grundlage für den Wohlstand unserer Bevölkerung.

Die neue Wirtschaftspolitik der SPD-Saar unterscheidet sich von dem wirtschaftspolitischen Kurs der CDU.

Für die SPD-Saar ist die neue Wirtschaftspolitik gleichzeitig Arbeitsmarktpolitik, die Vollbeschäftigung und hohes Einkommen der Arbeitnehmer anstrebt. Es muß schnellstens erreicht werden, daß die Saarländer genau so viel verdienen wie ihre Landsleute in der übrigen Bundesrepublik.

Sie geht dabei von drei Ansatzpunkten aus:

1. Beseitigung der Strukturschwächen der Saar-Wirtschaft durch Ansiedlung von Wachstumsbranchen;
2. Rückführung der abgewanderten Arbeitskräfte durch Erhöhung der wirtschaftlichen und sozialen Attraktivität des Landes;
3. Nutzung der zentralen Lage im EWG-Raum.

Expansive Politik der Industrieansiedlung – dem Bedarf voraus

Eine expansive Industrieansiedlungspolitik ist der Kern der neuen Wirtschaftspolitik, die die SPD-Saar betreiben wird. Sie weicht von dem langjährigen Kurs der CDU-Saar ab, die neue Unternehmen nur insoweit ansiedelte, wie Arbeitskräfte in bestehenden Unternehmen freigesetzt wurden. Demgegenüber wird die SPD-Saar eine Politik der Industrieansiedlung betreiben, die dem Arbeitsplatzbedarf vorauseilt. Die neue Wirtschaftspolitik ist gleichzeitig Arbeitsmarktpolitik. Das saarländische Lohnniveau wird endlich vom Druck drohender Arbeitslosigkeit befreit. Löhne und Gehälter an der Saar werden dann den Anschluß an das höhere Niveau im übrigen Bundesgebiet finden.

Vollbeschäftigung und hohe Einkommen der Arbeitnehmer bewirken eine gesteigerte Kaufkraft der Bevölkerung, von der auch Groß- und Einzelhandel, Handwerk, freie Berufe und andere Dienstleistungsbereiche profitieren werden.

Industrieansiedlung nach Schwerpunkten

Die SPD ist der Ansicht, daß eine Schwerpunktförderung im Rahmen der Industrieansiedlung anstelle einer breit gestreuten Förderungspolitik der Weg ist, um in den kommenden Jahren nicht nur das wirtschaftliche Wachstum anderer Industriegebiete zu erreichen, sondern auch den Rückstand aufzuholen, den die verfehlte Politik der vergangenen 10 Jahre nicht beseitigt hat.

Bei Industrieansiedlungen wird sich die SPD-Saar auf bestimmte Förderungsziele konzentrieren:

1. Auf Betriebe mit überdurchschnittlichem Wachstum (aus den Bereichen der Chemie, Energie, des Maschinenbaues, der Elektrotechnik sowie Forschungs- und Entwicklungsbetriebe);
2. Auf Betriebe, die ein hohes Lohnniveau haben sowie Facharbeitern und hochqualifizierten Kräften Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten.

Darüber hinaus erachtet es die SPD-Saar für notwendig:

1. Entsprechend der gegebenen Bevölkerungssituation sollten etwa vier Fünftel der erforderlichen neuen Industriearbeitsplätze im Verdichtungsraum (Merzig-Saarlouis - Dillingen - Saarbrücken - Neunkirchen - Homburg) und ein Fünftel in den ländlichen Schwerpunkträumen geschaffen werden.
2. Die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften in den Kreisen und Gemeinden, deren Initiative grundsätzlich begrüßt wird, sollten mit einer Dachgesellschaft für das ganze Saarland zusammenarbeiten, um eine sinnvolle Durchsetzung des Gesamtstrukturprogramms zu erreichen.
3. Neue Organisationsformen der Industrieansiedlung, wie Industrieparks, die in anderen Bundesländern bereits erfolgreich erprobt wurden, müssen geschaffen werden.
4. Das Projekt "Bodenbank", die Industriegelände aufzukaufen, zu verwalten und preisgünstig Ansiedlungsinteressenten zur Verfügung zu stellen hätte, muß geprüft werden. Daher muß das Land endlich seinen Beitrag leisten, ohne kleinlich mit den Städten und Gemeinden um den Preis zu feilschen.

Unterstützung für Mittelstand und Landwirtschaft

Die SPD sieht in der gesicherten Existenz möglichst vieler kleiner und mittlerer Unternehmen eine unerlässliche Voraussetzung für eine freie und soziale Marktwirtschaft . Sie wird daher leistungsfähige kleine und mittlere Unternehmen in Handwerk, Handel und Industrie fördern und stärken, damit sie im Wettbewerb bestehen können. Die SPD-Saar hat eigens dafür ein "Gewerbeförderungsprogramm" aufgestellt, das Maßnahmen von der Verbesserung der Kapitalausstattung über Struktur-Anpassungshilfen bis hin zum gewerblichen Ausbildungs- und Fortbildungswesen fordert.
In der heimischen Landwirtschaft sieht die SPD-Saar einen wertvollen und wichtigen Teil unserer Volkswirtschaft. Sie ist bereit, die Landwirtschaft unseres Landes in dem schwierigen Umstellungs- und EWG-Anpassungsprozeß nach Kräften zu unterstützen. Der Verbesserung der Ertragslage und der wesentlichen Bedeutung der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe wendet sie besondere Aufmerksamkeit zu. In dem "Agrarpolitischen Landesprogramm" sind die Maßnahmen zusammengefaßt, durch die - nach Auffassung der SPD-Saar - eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und Verbesserung der Ertragslage unserer landwirtschaftlichen Betriebe erreicht werden kann.

Bonn hilft weiter

In der Regierungsverantwortung wird die SPD-Saar gezielte Anstrengungen machen können, um für die Menschen unseres Landes eine moderne Wirtschaftsgrundlage zu schaffen. Dabei wird uns auch künftig die Bundesregierung helfen. Mit aller Klarheit hat Bundeskanzler Willy Brandt bei seinem Besuch im Saarland am 24. März 1970 deutlich gemacht, daß die Bundesregierung mit großer Energie die wichtigen Lebensfragen des Saarlandes zu lösen gedenkt, soweit es in ihrer Macht steht. Auch Bundesfinanzminister Alex Möller hat den "Nachholbedarf" des Saarlandes voll erkannt.

Bildung und Ausbildung – die beste Investition für die Zukunft

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Die bestmögliche Bildung und Ausbildung für alle Kinder des Saarlandes durchzusetzen, ist für die sozialdemokratische Politik ein dringendes Gebot, um die Zukunftsaussichten des einzelnen und des gesamten Volkes zu verbessern. Darüber hinaus sind Bildung und Ausbildung für uns zugleich auch ein ausschlaggebender Faktor der Gesellschaftspolitik. Nur wenn die Schranken des Besitzes, der Herkunft und der Stellung der Eltern durch bessere Bildung und Ausbildung aller Kinder beseitigt werden, besteht die begründete Aussicht, in der Industriegesellschaft zu neuen Formen des sozialen Rechtsstaates - der nur dann ein Kulturstaat sein wird - zu gelangen.

In Kindergärten, Vorschulen und Grundschulen beginnt für das Kind das bewußte Erlebnis der Gemeinschaft außerhalb der Familie. Hier wird sozialdemokratische Politik darauf einwirken, daß die Schulen nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch echte demokratische Bewußtseinsbildung.

Die Schule ist die Stätte eines demokratischen Volkes. Alle altgewohnten Hierarchievorstellungen müssen schon von klein an einem partnerschaftlichen Miteinander weichen.

Die Schul-, Hochschul- und Bildungspolitik der SPD hat die Gesamtschule und die integrierte Gesamthochschule zum Ziel.

Die konservative Politik der CDU hat zu gigantischen Fehlinvestitionen geführt, die die Städte, Gemeinden und Kreise jetzt bitter zu bezahlen haben.

Kunst und Wissenschaft werden von der SPD des Saarlandes alle Unterstützung erhalten, die die Gesellschaft zu bieten vermag.

Da die rasche Entwicklung unserer modernen Industriegesellschaft ständig mehr Wissen und neue Fertigkeiten fordert, um die internationale Konkurrenz zu bestehen, wird die SPD alle Formen der Berufsausbildung, der Erwachsenenbildung, der Umschulung und der Überführung älterer Arbeitnehmer in altersgerechte Tätigkeiten fördern und die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen dafür schaffen.

In dem "Bildungspolitischen Grundsatzprogramm der SPD-Saar (1970-1980)" sind die hier allgemein dargelegten Zielvorstellungen konkretisiert.

Moderner Verkehr lebenswichtig

Moderne Verkehrswege sind eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer modernen Wirtschaft und die Mobilität der Bevölkerung. Für die Zukunft des Saarlandes im Zentrum des EWG-Raumes sind moderne Verkehrsverbindungen nach Norden, Süden, Osten und Westen, eine moderne Infrastruktur, lebensnotwendig.

Leider rächen sich die Versäumnisse der vergangenen 10 Jahre auf diesem Gebiet besonders schwer. Jahrelang hat sich die CDU-Saar mit Rücksicht auf den Verkehrsminister ihrer Partei in Bonn mit dem langsamen und nicht verkehrsgerechten Ausbau der wichtigsten Fernstraßen des Saarlandes zufrieden geben. Darüber hinaus hat die jetzige Saar-Regierung schwere Versäumnisse bei dem Ausbau der Landstraßen zu verantworten, für die sie zuständig ist. Jetzt muß man fürchten, daß eine 30-Jahre-Frist vergehen wird, ehe unsere Landstraßen wieder fest und verkehrsgerecht ausgebaut sein werden.

Demgegenüber hat die SPD-Saar, seit in Bonn Sozialdemokraten regieren, auch hier viel erreicht. In engem Kontakt mit dem sozialdemokratischen Bundesverkehrsminister Leber konnte sie den vorfristigen Ausbau der Bundesstraßen 327, 406, und 10 als Autobahnen oder autobahnähnliche Fernstraßen durchsetzen. Mit dem ersten Spatenstich zum Saar-Durchstich am 3. September 1969, den der sozialdemokratische Bundesverkehrsminister vollzog, wurde darüber hinaus endlich ein Anfang für den Anschluß des Saarlandes an das internationale Wasserstraßennetz gemacht.

In der Regierung werden wir uns bei der Bundesregierung verstärkt um einen schnellen Ausbau der Bundesstraßen, die Elektrifizierung der Bundesbahn, die Weiterführung des Wasserstraßenanschlusses für Europaschiffe sowie die Verbesserung des Flugverkehrs bemühen. Wir werden die Versäumnisse im Landstraßenbau wettzumachen versuchen und den schnellen Ausbau wichtiger Gemeindestraßen mit Nachdruck fördern.

Ein Generalverkehrsplan wird eine moderne und ausgewogene Entwicklung des Verkehrs im Saarland auf Straße und Schiene, auf dem Wasser und in der Luft gewährleisten.

Sinnvolle Raumordnung sichert unsere Zukunft

Sozialdemokratische Landesplanungs- und Raumordnungspolitik dient dem Menschen. Sie hat die Voraussetzungen für familiengerechte Wohnungen in menschenwürdiger Umwelt, gute Verkehrsbedingungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz, für ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen sowie Bildungs-, Versorgungs- und Erholungseinrichtungen zu schaffen. Für das Saarland darf Raumordnungspolitik nicht isoliert, sondern in möglichst enger Kooperation mit Rheinland-Pfalz, Lothringen und Luxemburg betrieben werden.

Schwerpunkte sozialdemokratischer Landesplanungs- und Raumordnungspolitik sind u. a.:

- Schaffung von Mittelpunktgemeinden mit den dazugehörigen Kultur- und Verwaltungseinrichtungen;
- Sanierung der Städte und Gemeinden nach Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes;
- Verbesserung der Förderung des sozialen Wohnungsbaues, bei dem das Saarland an letzter Stelle im Bundesgebiet steht;
- Planvolle Schaffung von Erholungsgebieten;
- Strukturelle Förderung des industriellen Verdichtungsraumes, der industriellen Randgebiete und des nördlichen Saarlandes;
- Fortschrittliche Verkehrsplanung für Straße, Schiene, Luft und Wasser durch einen Generalverkehrsplan sowie Verbesserung des Nahverkehrs;
- Verstärkte überregionale Kontakte für eine gemeinsame Raumordnung im Saar-lor-lux-Dreieck durch Bildung einer ständigen Kommission.

Eine neue, von Sozialdemokraten geführte Landesregierung wird, ihrer Raumordnungskonzeption folgend, einen Landesentwicklungsplan Saar erstellen. Die zentralen Aufgaben der Landesplanung und der Raumordnung werden – auch über die Landesgrenzen hinweg – von einer zentralen Behörde, die dem Ministerpräsidenten unterstellt ist, wahrgenommen. Ein Planungsstab wird die damit zusammenhängenden Probleme bearbeiten und sich moderner wissenschaftlicher und informativer Mittel und Methoden unter Einschluß einer zu schaffenden Datenbank bedienen.

Denn die SPD-Saar betrachtet eine zielstrebige und sinnvolle Raumordnung im Saarland als Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft.

Gesellschaftspolitik – Dienst für den Menschen

Für uns Sozialdemokraten ist Gesellschaftspolitik ein Mittel der Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates. Die großen gesellschaftspolitischen Reformen für die moderne, soziale und demokratische Gestaltung unserer Industriegesellschaft, wie die Vermögensbildung und Mitbestimmung, gehen von Bonn aus. Seit Sozialdemokraten dort an der Regierung sind, geht es damit gut voran. Aber solche Reformen bedürfen außerdem der Unterstützung und Ergänzung durch die fortschrittlichen politischen Kräfte in den Bundesländern und durch deren Regierungen. Die SPD-Saar ist entschlossen, für die Verwirklichung dieses sozialen Rechtsstaates ihren Beitrag zu leisten. Für sie stehen die sozialen Aufgaben an der Spitze der Gesellschaftspolitik im Saarland. Denn Gesellschaftpolitik ist Dienst für den Menschen.

Gesundheitswesen

Dem Schutz des Menschen vor Umweltgefahren und der Erhaltung seiner Gesundheit gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Gesundheitliche Aufklärung und medizinische Vorsorgeuntersuchungen sind geeignet, diese Gefahren zu vermindern. Deshalb fordert die SPD-Saar die Einführung von Vorsorgeuntersuchungen durch Gesetz auch im Saarland. Die Bekämpfung von Krebs, Diabetes und Tbc steht dabei im Vordergrund. Auch die Untersuchung der Kinder durch den schulärztlichen Dienst muß intensiver werden.

Nachdem Mutterschutz- und Jugendarbeitsschutz-Untersuchungen auf Drängen der SPD-Sozialpolitiker auf Bundesebene verbessert worden sind, muß jetzt das Vorsorgeprogramm für Säuglinge und Kleinkinder bis zum 5. Lebensjahr verwirklicht werden. Was im Kindesalter versäumt wird, kann das ganze Leben lang nicht mehr gutgemacht werden.

Der Verbesserung des Krankenhauswesens im Saarland mißt die SPD-Saar große Bedeutung zu. Sie wird einen Landeskrankenhausplan aufstellen, der die Errichtung von besonderen Schwerpunkt- und regionalen Krankenhäusern vorsieht, die mit modernen technischen Einrichtungen ausgestattet sein müssen. Da die ärztliche Versorgung allen Menschen, gleich welchen Standes, die beste diagnostische und therapeutische Behandlung gewährleisten muß, strebt die SPD-Saar das klassenlose Krankenhaus an. Ältere Krankenhäuser sollen modernisiert und in Pflege-Krankenhäuser umgewandelt werden. Die Schaffung eines zentralen Bettennachweises, zunächst für den Großraum Saarbrücken, hält die SPD-Saar für unbedingt erforderlich.

Der Erhaltung der Gesundheit am Arbeitsplatz und dem Schutz der arbeitenden Menschen gilt unsere größte Aufmerksamkeit, damit Berufsunfälle und Berufskrankheiten verhindert werden können. Alarmierend ist, daß an der Saar drei Viertel der Rentner ihre Rente vorzeitig wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit beantragen mußten. Das zwingt zu schnellem und wirksamem Handeln.

Eine von der SPD geführte Landesregierung wird alle erdenklichen Maßnahmen treffen, um die Menschen im Saarland vor den gesundheitlichen Risiken der Luft- und Abwässerverschmutzung sowie des Lärms zu schützen.

Familien und Kindergärten

Wir Sozialdemokraten treten entschlossen für eine großzügigere und systematische Förderung unserer Kinder während der Vorschulzeit ein. Die Reform der Kindergärten muß die Einrichtung von ganztägigen Kindergärten einschließen, da sie für die frühzeitige Bildungsförderung des Kindes erforderlich sind. Die SPD-Saar wird ein Gesetz über die Vorschulen im Saarland durchsetzen und eine sinnvolle Koordinierung mit den Kindergärten fördern.

Angesichts der zunehmenden Berufstätigkeit von Müttern setzt sich die SPD-Saar mit Nachdruck für die vermehrte und beschleunigte Schaffung von mehr Kindergärten und -tagesstätten sowie Ganztagsschulen und Service-Häusern ein. Außerdem will sie die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß neue Unternehmen mit einem hohen Anteil an weiblichen Beschäftigten in der Nähe von Wohngebieten angesiedelt werden und weibliche Arbeitnehmer durch berufliche Qualifizierung bessere Aufstiegsmöglichkeiten erhalten.

Eine Politik der sozialen Verantwortung, wie sie die SPD-Saar betreibt, schließt auch die Hilfe und Fürsorge für die älteren Menschen ein. Die Erstellung eines Landesaltenplanes soll die organisatorischen Voraussetzungen schaffen. Dabei denkt die SPD-Saar insbesondere an eine Verbesserung der Erholungsfürsorge für ältere Menschen, ihre Haus- und Krankenhauspflege sowie ihre Betreuung in Pflegeheimen.

Sport und Freizeit

Sport und Freizeit gewinnen in unserem gesellschaftlichen Leben ständig größere Bedeutung. Die SPD-Saar wird ein Sportförderungsprogramm verwirklichen, das einen großzügigeren Sportstättenbau, die stärkere Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen, eine umfassendere Förderung von Vereinen und Verbänden und eine gezieltere Unterstützung des Leistungssports vorsieht.

Eine von der SPD getragene Landesregierung wird planvoll und zielstrebig die Voraussetzungen für eine sinnvolle Nutzung der Freizeit in modernen Freizeitzentren unserer Heimat schaffen.

Modernes Sozialrecht

Die SPD-Saar setzt sich mit Nachdruck für eine Modernisierung des Hüttenknappschaftsrechtes mit dem Ziele ein, diesen Rentnern gerechte Leistungen zu verschaffen und die Hüttenknappschaft in ihrem Bestand zu sichern. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird ihren Einfluß in Bonn geltend machen, um bei Bildung einer Bundesknappschaft Nachteile von den Versicherten der ehemaligen Saar-Knappschaft abzuwenden. Die Kriegsopfer- und Schwerbeschädigten-Fürsorge muß organisatorisch und die Sozialhilfe durch rechtzeitige Anpassung der Regelsätze an die Preisentwicklung verbessert werden. Die SPD-Saar wird sich bei der Bundesregierung für die freie Wahl der Pensionsaltersgrenze einsetzen.

Mehr Reformen im Saarland

Die staatliche Ordnung muß auch im Saarland auf den Stand gebracht werden, den eine moderne und demokratische Leistungsgesellschaft erfordert. Für den öffentlichen Dienst muß ein neues Dienstrecht geschaffen werden, das den Leistungsgedanken auch in der Verwaltung verwirklicht. Dem neuen saarländischen Landtag wird die SPD-Saar einen Gesetzentwurf für eine Verwaltungs- und Gebietsreform – entsprechend dem Beispiel anderer Bundesländer – vorlegen. Die direkte Wahl aller Kommunalvertretungskörperschaften wird durchgeführt.

Im Bereich der Rechtspflege wird eine von der SPD-Saar geführte Landesregierung alle organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine Beschleunigung des Rechtsganges, eine gerechtere Strafverfolgung – namentlich bei Wirtschaftskriminalität – und die Resozialisierung von Straffälligen treffen. Die im Grundgesetz verankerte Rechtsstaatlichkeit, zu der sich die Sozialdemokraten vorbehaltlos bekennen, gebietet das.

Gesicherte Finanzen

Durch die Haushalts- und Finanzwirtschaft des Saarlandes werden wir die Finanzierung der Schwerpunktaufgaben unseres Regierungsprogramms sichern. Dabei sind wir uns bewußt, daß das geschichtliche Schicksal, aber auch die Versäumnisse und die falsche Politik der bisherigen Landesregierung auch finanziell einen erheblichen Nachholbedarf verursacht haben und die Hilfe der Bundesregierung in Bonn zum Ausgleich der eigenen Finanzschwäche noch lange erforderlich ist. Die SPD-Saar wird aber alles daransetzen, um aus der Abhängigkeit von Zuschüssen des Bundes und den Ausgleichszuwendungen anderer Bundesländer herauszukommen, um durch eigene Kraft die dringend notwendigen Aufgaben einer modernen Landespolitik zu erfüllen, so wie sie in diesen Leitsätzen für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm der Jahre 1970 bis 1975 umrissen sind.